XII. Öffentliches Sanitätswesen.

Die vorläufigen und die motivirten Gutachten im Sinne des § 29 des preussischen Regulativs vom 6. Januar 1875 für gerichtliche Obduktionen.¹⁾

Von Geh. Med.-Rath Dr. Oscar Schwartz in Köln.

So lange im preussischen Staate besondere Vorschriften für die gerichtlichen Leichenöffnungen erlassen worden sind, also seit mehr als hundert Jahren, wurden auch stets die vorläufigen, gleich nach beendeter Obduktion ohne weitere Begründung abzugebenden Gutachten von den späteren unter Bezugnahme auf den ganzen actenmässigen Untersuchungsbefund näher begründeten Gutachten (Obductionsberichten) unterschieden. In anderen Staaten, beispielsweise in Oesterreich, wurden die vorläufigen von den motivirten Gutachten nicht unterschieden, sondern überhaupt nur eine Art begründeter Gutachten vorgeschrieben, die nach der Schwierigkeit des Falles entweder gleich nach beendeter Obduktion zu Protokoll gegeben oder binnen angemessener Frist nachträglich abgegeben wurden. Oesterreichisches Regulativ vom 28. Januar 1855, § 18: „Nach Beendigung der Obduktion ist von den Sachverständigen über gegenseitige Besprechung das Gutachten zu verfassen. Es kann sammt seinen Gründen entweder gleich zu Protokoll gegeben oder aber in schwierigen Fällen schriftlich ausgearbeitet und nachträglich abgegeben werden, wozu eine angemessene Frist zu bestimmen ist.“ Von der preussischen Criminalordnung vom 11. December 1805 wurden aber zwei Arten von Gutachten ausdrücklich sogar für alle Obduktionen vorgeschrieben. Nach dem genannten Gesetz musste der Richter das Resultat der Obduktion und das Gutachten der Sachverständigen nur im allgemeinen zu Protokoll bringen, die Gründe des Gutachtens aber dem Obductionsberichte vorbehalten. Die Sachverständigen mussten nach § 169 der preussischen Criminalordnung ausser dem vorläufigen Gutachten stets einen begründeten Obductionsbericht abfassen und, wenn das Gutachten desselben von dem des Obductionsprotokolls in wesentlichen Punkten abwich, musste zur Sache ein Obergutachten des Medicinalcollegiums eingeholt werden, u. s. w.

In den später erlassenen preussischen Obductionsregulativen vom 21. October 1844 und 15. April 1858 wurde übereinstimmend das vorläufige Gutachten für alle Fälle vorgeschrieben; die Erstattung des Obductionsberichts aber mehr dem richterlichen Ermessen überlassen. Es hiess im § 21 der letztgenannten Regulative: „Am Schluss der Obduktion haben die Obducenten ihr vorläufiges Gutachten summarisch und ohne Angabe der Gründe zu Protokoll zu geben.“ Im § 22: „Wird von den Obducenten ein Obductionsbericht erfordert, so haben sie eine kurze Geschichtserzählung des Falles voranzuschicken.“ Nach meiner auf die Geltungszeit der beiden vorgenannten Regulative sich erstreckenden gerichtsärztlichen Erfahrung wurde aber damals über jede wichtige und vollständige Obduktion ein motivirter Obductionsbericht erstattet.

Wesentlich abweichend von den Bestimmungen der preussischen Criminalordnung und der beiden zuletzt genannten Regulative über die Abfassung des vorläufigen Gutachtens und die erforderliche Ergänzung desselben durch den Obductionsbericht lautet der nachstehende Passus des § 29 des noch jetzt gültigen Regulativs vom 13. Februar 1875: „Sind den Obducenten aus den Acten oder sonst besondere, den Fall betreffende Thatsachen bekannt, welche auf das abgegebene Gutachten Einfluss ausüben, so müssen auch diese in dem vorläufigen Gutachten kurz erwähnt werden. Legt der Richter besondere Fragen vor, so ist in dem Protokoll ersichtlich zu machen, dass die Beantwortung auf Befragen des Richters erfolgte. Auf jeden Fall ist

¹⁾ Vorgetragen in der Section für gerichtliche Medicin der 64. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Halle.

das Gutachten zuerst auf die Todesursache, nächst dem aber auf die Frage der verbrecherischen Veranlassung zu richten. Ist die Todesursache nicht aufgefunden, so muss dies ausdrücklich angegeben werden. Niemand genügt es zu sagen, der Tod sei aus innerer Ursache oder aus Krankheit erfolgt; es ist vielmehr die letztere anzugeben. In Fällen, wo weitere technische Untersuchungen nöthig sind, oder wo zweifelhafte Verhältnisse vorliegen, ist ein besonderes Gutachten mit Motiven ausdrücklich vorbehalten. — Aus den vorgenannten Zusätzen des § 29 ist klar ersichtlich, dass das Gebiet der vorläufigen Gutachten durch das neueste Regulativ sehr erweitert worden ist, da die älteren Regulative im Sinne der Verordnung des preussischen Obermedicinalcollegiums vom 8. März 1790 die Obducenten anwiesen, das vorläufige Gutachten ausschliesslich mit Rücksicht auf den Leichenbefund abzugeben und vor anderweitigen Vernehmungen und Untersuchungen sogar warnen, das neueste Regulativ aber die Obducenten auch bei dem vorläufigen Gutachten auf Einsicht der Acten oder sonst den Fall betreffende That-sachen und nicht allein auf Ermittlung der Todesursache, sondern auch auf die Fragen der verbrecherischen Veranlassung ausdrücklich hinweist.

Erst im letzten Zusatz des § 29 werden die Fälle bezeichnet, in welchen das vorläufige Gutachten unzureichend wird und durch ein später abzugebendes motivirtes Gutachten (Obductionsbericht) im Sinne des Gesetzes vom 9. März 1872 ergänzt werden soll, nämlich solche Fälle, wo zweifelhafte Verhältnisse vorliegen und weitere technische Untersuchungen nöthig sind.

Seitdem nun das neueste Obductionsregulativ durch die Herren Ressort-minister nicht nur den Medicinalbeamten zu beachten zur Pflicht gemacht, sondern auch im Justizministerialblatt 1875 No. 13 den Gerichten und Beamten der Staatsanwaltschaft bekannt gemacht worden ist, hat die Einforderung motivirter Obductionsberichte nach meiner persönlichen Erfahrung und anderweitigen Erkundigungen sich so sehr vermindert, dass Obductions-berichte nur ganz ausnahmsweise noch eingefordert werden, durchgehends aber die vorläufigen Gutachten der Obducenten auch in den vom Regulativ bezeichneten, zweifelhaften, durch den Obductionsbefund nicht genügend aufgeklärten Fällen zur Grundlage der richterlichen Entscheidungen dienen müssen. So sind mir Criminalfälle bekannt geworden, wo bei Verdacht auf Vergiftung vor Kenntniss der Krankengeschichten und des Resultats der chemischen Untersuchung, bei Verdacht auf Kindesmord vor Kenntniss der Aussagen der Zeugen und der Angeschuldigten über den Geburtsvorgang nur vorläufige Gutachten abgegeben wurden, welche von der verordneten technischen Behörde dann auch als unzureichend begründet bezeichnet werden mussten. Ob in den fraglichen Fällen das motivirte Gutachten von den Obducenten nach Vorschrift des Regulativs ausdrücklich vorbehalten und trotzdem von der richterlichen Behörde nicht eingefordert wurde, war aus den betreffenden Obductionsprotokollen leider nicht ersichtlich.

Von mir zur Sache befragte im Strafprocess erfahrene Juristen sind aber meiner Auffassung über die Unzulänglichkeit vorläufiger Gutachten in den vorerwähnten Fällen vollständig beigetreten. Jedenfalls liegt in der üblich gewordenen Nichtbeachtung des vorgenannten Schlusssatzes des § 29 des geltenden Obductionsregulativs, nach welchem in allen Fällen, wo die technischen Untersuchungen durch die Obduction noch nicht abgeschlossen sind und zweifelhafte Verhältnisse vorliegen, ein besonderes Gutachten mit Motiven vorbehalten werden muss, ein grosser Missstand vor, welcher den auf möglichst vollständige Ermittlung der Wahrheit gerichteten Interessen der Rechtspflege nicht förderlich ist. Ich möchte deshalb die Erfahrungen über den bisherigen Einfluss der älteren Vorschriften und des neuesten preussischen Regulativs auf die Ausführung gerichtlicher Obductionen in nachstehenden Sätzen zusammenfassen:

1. Es kommen allerdings viele Fälle vor, in welchen lediglich auf Grund des Leichenbefundes und des anderweitigen vor oder während der Obduction bereits festgestellten bezüglichen Thatbestandes sowohl über die Todesursache, wie über die Frage der verbrecherischen Veranlassung die dem Richter erforderliche Auskunft von den Obducenten in ausreichender Weise sofort gegeben werden kann, und also die Einreichung eines später auf Grund der Acten zu bearbeitenden Obductionsberichts entbehrlich ist. — Wenn also das neue Regulativ durch Erweiterung des für die vorläufigen Gutachten bestimmten Gebiets in den bezeichneten Fällen die motivirten Obductions-berichte entbehrlich gemacht und deren Zahl entsprechend verringert hat, so kann dieser Einfluss des Regulativs nur als ein für die Vereinfachung und Beschleunigung des strafgerichtlichen Verfahrens durchaus zweckmässiger bezeichnet werden.

2. Es giebt aber auf der andern Seite auch eine grössere Anzahl wichtiger Criminalfälle, bei welchen die von dem Richter gestellten Fragen auf Grund des Obductionsbefundes und der dabei anderweitig ermittelten That-sachen allein nicht ausreichend beantwortet werden können, und also die erst später nach Abschluss des gesammten Untersuchungsverfahrens von den Obducenten abzufassenden motivirten Obductionsberichte unentbehrlich sind. Wenn dann diese Berichte auf Grund des gesammten Acten-materials einschliesslich des Obductionsprotokolles unter Hinzuziehung der bei der Sache betheiligten behandelnden Aerzte, Chemiker oder sonstiger Techniker mit gehöriger Ruhe und Ueberlegung von den Obducenten bearbeitet werden, wird das betreffende Gutachten an Bestimmtheit gewinnen und auch in den öffentlichen Gerichtssitzungen mit grösserer Entschiedenheit von den Sachverständigen vertreten werden. Ebenso erfordert die so wünschenswerthe Verständigung der Sachverständigen unter einander auf dem Boden ihrer Wissenschaft nicht selten zeitraubende Durchsicht der einschlägigen Litteratur und eingehende Berathung, wie solche gleich nach Beendigung einer körperlich und geistig ermüdenden Obduction nicht möglich ist. Dass auch die richterliche Aufgabe durch einen von den Obducenten bearbeiteten Obductionsbericht, welcher neben einer aktenmässigen Geschichtserzählung auch den für die richterliche Beurtheilung wesentlichen Inhalt des Obductionsprotokolles enthalten muss, nur er-

leichtert und gefördert werden kann, wird von jedem im Strafprocess erfahrenen Richter nur bestätigt werden.

Es schädigt also jedes voreilig und ohne gehörige Begründung abgegebene Gutachten, welches später nicht selten abgeändert oder gar widerrufen werden muss, nicht nur die Interessen der Rechtsprechung, sondern namentlich im öffentlichen Gerichtsverfahren auch das Ansehen der Gerichtsärzte und der von denselben vertretenen Wissenschaft. — Es empfiehlt sich deshalb in jeder Beziehung, wenn die Obducenten in den vom Regulativ bezeichneten Fällen sich nicht durch ein vorläufiges Gutachten binden lassen, ein solches vielmehr entschieden ablehnen und ein motivirtes Gutachten sich vorbehalten. Letzteres, der Obductionsbericht, wird dann in den bezeichneten Fällen seine Bedeutung im Sinne des § 29 des preussischen Regulativs wieder erlangen, und einem, wenigstens nach meiner Erfahrung nicht nur die Interessen der Rechtspflege, sondern auch der gerichtlichen Medicin benachtheiligendem Uebelstande abgeholfen sein.